

Region

Stadt lässt Birchermüesliquartier in der Kälte stehen

Winterthur Das Gas wird bis 2033 in grossen Teilen der Stadt abgestellt. Hausbesitzer müssen sich selbst um einen Ersatz kümmern. Doch nicht überall sind Lösungen absehbar.



Drohen im Birchermüesliquartier kalte Winter? Wie die Häuser künftig geheizt werden sollen, ist auf jeden Fall noch offen. Archivfoto: Marc Dahinden

Jonas Keller

Es waren klare Worte, die der lokale Hauseigentümergebiet (HEV) letzten Sommer an den Stadtrat richtete: «Wir fordern, dass die Stadt Winterthur für alle von der Gasstilllegung betroffenen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer eine praktikable Lösung findet.» Dies weil die Stadt plant, bis 2033 zwei Drittel des Gasnetzes abzustellen, aber längst nicht allen Quartieren eine Alternative in Aussicht stellt. Vom Fernwärmenetz kann nur knapp die Hälfte der Stadt abgedeckt werden.

Besonders betroffen: das Birchermüesliquartier in Oberwinterthur. Die Stadt plant dort keinen Fernwärmeanschluss. «Weil das Quartier vom Grundwasserstrom durchzogen ist, dürfen aus Gründen des Gewässerschutzes auch keine Erdsondenheizungen installiert werden», heisst es vonseiten des HEV. Sinnvolle Lösungen seien ein Fernwärmeanschluss oder die Weiterbetrieung des Gasnetzes mit Gas aus erneuerbaren Brennstoffen.

Im Dezember reichten die Stadtparlamentarier Christian Hartmann (SVP) und Dani Romay (FDP) eine Anfrage dazu ein. Nun hat der Stadtrat sie beantwortet – und erteilt den Forderungen des HEV eine Absage. «Bei der Wärmeversorgung handelt es sich grundsätzlich um eine private Angelegenheit, für die noch nie ein öffentlicher Versorgungsauftrag bestand», so der Stadtrat in seiner Antwort. Der Ausbau des Versorgungs-

«Bei der Wärmeversorgung handelt es sich grundsätzlich um eine private Angelegenheit, für die noch nie ein öffentlicher Versorgungsauftrag bestand.»

Der Stadtrat

netzes erfolge nur, wenn er wirtschaftlich sei.

Da die Abwärme der Kehrichtverwertungsanlage nicht für die ganze Stadt reiche, würden Gebiete mit hoher «Energiebedarfsdichte» priorisiert. Sprich: Weniger dicht bewohnte Siedlungen mit Reiheneinfamilienhäusern wie im Birchermüesliquartier müssen hintenanstehen. Das Wärmenetz müsste dort zudem die Eulach und die Eisenbahnlinie unterqueren. Es brauche deshalb ein «umfangreiches Vorprojekt», um zu prüfen, ob sich das lohnen würde. Die Kosten dafür müssten die Hauseigentümer tragen.

Kompromisse beim Heizsystem gefordert

Auch die Idee des HEV, stattdessen das Gasnetz ökologisch weiterzubetreiben, sei nicht umsetzbar, da es an Biogas mangle

und dieses zu teuer sei. Der «kontrollierte Rückzug aus der Gasversorgung» sei die logische Konsequenz daraus. «Es wäre unwirtschaftlich, das Gasnetz langfristig aufrechtzuerhalten, wenn der Absatz stetig sinkt.»

Beim HEV teilt man mit, man erwarte nun, dass die Stadt den Anwohnern zumindest entgegenkomme: «Wenn das Gas wegfällt, muss sie bei der Bewilligung von anderen Heiz- und Energiesystemen genügend flexibel und kompromissbereit sein», so Geschäftsführer Ralph Bauert. Die betroffenen Hauseigentümer müssten auf ein «passendes und wirtschaftliches Heizsystem» umstellen können.

Dies gerade auch im Hinblick darauf, dass das Problem nicht aufs Birchermüesliquartier beschränkt ist. Der HEV sei schon von Hauseigentümern aus weiteren betroffenen Quartieren kontaktiert worden. «In Oberseen zum Beispiel hat mir ein Mitglied gesagt, dass die angekündigte Gasabstellung viele der 26 Siedlungseigentümer vor grosse finanzielle Probleme stelle – auch, weil die gemeinsame Gasheizung erst 2021 saniert wurde.»

In Oberwinterthur wiederum zeichnet sich zumindest in der ans Birchermüesliquartier angrenzenden Siedlung eine Lösung ab. Man habe eine Machbarkeitsstudie für die Nutzung der Grundwasserwärme durchführen lassen, sagt Anwohnerin Andrea Weber. Für 27 Parteien komme dies nun tatsächlich infrage. «Wir werden im Mai eine Genossenschaft gründen, um das

voranzutreiben. Im Herbst soll dann eine Probebohrung durchgeführt werden.»

Die Hauseigentümer müssen dabei einiges investieren. Rund 500 Stunden Arbeit habe die fünfköpfige Planungsgruppe schon geleistet, so Weber. Die Kosten für die Studie und die Probebohrung belaufen sich auf etwa 2000 Franken pro Partie, jene für den Leitungsbau und die eigene Wärmepumpe auf 70'000 bis 80'000 Franken pro Haus. «Langfristig ist die Grundwasserwärme aber ökologisch und finanziell die deutlich günstigste Variante», sagt sie.

Wirtschaftlichkeit ist vom Parlament vorgegeben

Weber lobt die Unterstützung durch die Energieberatung der Stadt. Auch sie hofft nun aber auf ein Entgegenkommen der Behörden. Denn: Am einfachsten wäre es gemäss Machbarkeitsstudie, die Leitungen unter dem Fussweg entlang der Eulach zu verlegen. Bei der Stadt sei man damit auf Zurückhaltung gestossen. «Es hiess zuerst mal, da es ein privates Projekt sei, müsse es auch auf privatem Grund stattfinden.» Durch alle Gärten hindurch zu bauen, sei aber um einiges aufwendiger. «Wir wünschen uns deshalb mehr Offenheit von der Stadt, denn wir tragen mit der Erschliessung der Grundwasserwärme dazu bei, deren Klimaziele zu erreichen.»

Für das Birchermüesliquartier westlich der Talackerstrasse hingegen kommt gemäss Energieplan der Stadt auch das Grund-

wasser als Heizquelle grösstenteils nicht infrage. Bei der Stadt geht man trotzdem davon aus, dass in jedem Fall eine individuelle Lösung gefunden werden kann. «Im Birchermüesliquartier stehen je nach Standort unterschiedliche Lösungen zur Verfügung», sagt Energie-Stadtrat Stefan Fritschi (FDP) mit Verweis auf den kommunalen Energieplan. Teile des Quartiers seien im Eignungsgebiet für Erdwärme, andere in jenem für Umgebungsluft oder Grundwasserwärme.

Am Grundsatz, dass Fernwärme sich rechnen müsse, sei aber nicht zu rütteln. Dies wurde vom Stadtparlament so festgelegt. Damit werde erstens sichergestellt, dass keine Steuergelder für den Ausbau des Wärmenetzes verwendet werden, so Fritschi. Und zweitens, dass die Stadt damit private Unternehmen nicht konkurrenzieren.

Dass die Fernwärme wirtschaftlich sein muss, ist vom Kanton nicht zwingend vorgegeben. Das Stadtparlament könnte dies also ändern. «Das bräuchte aber einen Paradigmenwechsel in der städtischen Politik und wäre weitherum ein Novum», sagt Fritschi.

Stadtparlamentarier Christian Hartmann (SVP), der die Anfrage miteingereicht hat, sieht dies denn auch nicht als Lösung. «Ich bin dagegen, dass man irgendeinen Energieträger subventioniert», sagt er. Entsprechend heisse dies: «Es führt in den betroffenen Quartieren wohl nichts an eigenverantwortlichen Lösungen vorbei.»

Die Kita hat eine neue Betreiberin gefunden

Elgg Mit dieser Mitteilung dürfte einigen Elgger Familien ein Stein vom Herzen gefallen sein: «Der Betrieb der Kita kann ohne Unterbruch weitergeführt werden.»

Nachdem sich die Kita-Betreiberin, die Rumpelchichte GmbH, und die Politische Gemeinde Elgg im Februar nicht über finanzielle Beiträge einig geworden waren, kündigte Erstere sämtliche Verträge per Ende Mai. Den betroffenen Eltern drohte, in drei Monaten ohne Kinderbetreuung dazustehen.

Um dieses Szenario zu verhindern, machte sich die Gemeinde «unter Hochdruck» daran, eine Nachfolgelösung zu finden. Zusätzlich gründeten die Ortsparteien GLP, EVP, FDP und SP die Interessengruppe Kinderbetreuung Elgg, um sich für die Betroffenen einzusetzen.

Kita stand bereits in Kontakt

Nur zwei Wochen später ist die Lösung gefunden. Wie die Gemeinde mitteilt, übernimmt die Kita-Kette Einzigartig den Betrieb und voraussichtlich auch das Personal in Elgg. Sie führt bereits in Bassersdorf, Niederglatt, Nürensdorf, Opfikon-Glattbrugg und Pfungen Kindertagesstätten.

Laut Gemeinderat Roger Gerber hatte die Gemeinde von verschiedenen Seiten Angebote erhalten. Die Übernahme durch Einzigartig kam zustande, weil das Unternehmen bereits in Pfungen einen Standort der Kita Rumpelchichte übernommen hatte und der Kontakt etabliert war. «Wir sind sehr froh um diese Lösung», sagt Gerber. Einem nahtlosen Übergang ab Juni stehe nichts im Weg, die Erteilung der Betriebsbewilligung soll in den nächsten Wochen erfolgen. Der Gemeinderat könne sich zudem eine Anschubfinanzierung im ersten Jahr vorstellen.

Auch Thomas Heierli von der IG Kinderbetreuung ist erleichtert: «Schön, dass diese Lösung zeitnah gefunden werden konnte.» Die parteienübergreifende Gruppe werde bestehen bleiben und sehe sich als neue Elgger Familienlobby: «Wir möchten weitere Vereinbarkeitsthemen aufs Tapet bringen», sagt Heierli. Geplant seien beispielsweise Forumsanlässe. (nid)

Der Landbote

Der Landbote, Technoparkstrasse 5, 8401 Winterthur. Telefon Reaktion: 052 266 99 00.

E-Mail Redaktion: redaktion@landbote.ch.

Herausgeberin: Tamedia ZRZ AG, Technoparkstrasse 5, 8401 Winterthur.

Verleger: Pietro Supino.

Redaktionsleitung: Raphaela Birrer (rbi), Chefredaktorin. Matthias Chapman (cpm), stv. Chefredaktor. Ueli Kägi (ukä), Leitung Zürich.

Andreas Kunz (aku), Nicole Döbeli (nid), Leiterin Region. Till Hirsekorn (hit), Leiter Stadtreaktion.

Redaktion: Helmut Dworschak (dwo), Patrick Gut (pag), Valérie Jost (vaj), Jonas Keller (jok), Zoé Richardet (ric), Annette Saloma (asa), Menoa Stauffer (moa), Almut Berger (alb), Jonas Gabrieli (gab), David Herter (dhe), Tanja Hudec (tac), Maja Reznicek (mre), Rafael Rohner (roh).

Redaktionsassistent: Heidrun Pschorn (ps).

Fototeam: Beat Mathys, Leitung. Adrian Moser, Leitung. Aboservice: Für Fragen und Anliegen zu Ihrem Abo wenden Sie sich am besten über eines der Online-Formulare an uns: contact.landbote.ch. Telefonisch erreichbar unter Telefon 044 404 64 88. Abopreise: abo.landbote.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Inserate: Tamedia Advertising AG, Leitung: Philipp Mankowski. Tel. 044 248 40 30.

E-Mail: inserate@landbote.ch.

Die Verwendung von Inhalten dieses Titels durch nicht autorisierte ist untersagt und wird gerichtlich verfolgt. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia ZRZ AG i.S.v. Art. 322 StGB: LZ Linth Zeitung AG.

Ein Angebot von Tamedia